Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich zweimal, Sonntags u. nach Feiertagen nur einmal. Bezugspreis: wöchentl. 2.35 ℳ, monatl. 10 ℳ vorauszahlbar frei ins Haus. Kreuzbandsendung monatlich 12 ℳ.
Redaktion: Fehlandstraße 11, 1. Stock. Verantwortlicher Redakteur: Johannes Reitze, Hamburg
Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß. Buchhandlung: Erdgeschoß. Buchdruckerei-Kontor: Fehlandstraße 11, 1. Stock.

Hamburger Echo

Einzelnummer morgens 20 ℳ, abends sowie Sonn- und Festtags 30 ℳ.

Anzeigen die 4gespaltene Petitzeile 2.20 ℳ, zuzüglich 50 Prozent Teuerungszuschlag. Arbeitsmarkt u. Familienanzeigen 2.40 ℳ. Anzeigen-Annahme Fehlandstraße 11 im Erdgeschoß (bis 7 Uhr abends für den folgenden Tag), in den Filialen (bis 5 Uhr) und in allen Annoncen-Bureaus. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Reklamen im redaktionellen Teil werden auch gegen Entgelt nicht aufgenommen.

Nr. 53. Mittwoch, den 2. Februar 1921 – Morgen-Ausgabe. 35. Jahrgang.

Sinnlose Kombinationen.

Sorgenschwere Zeiten sind ständig reich an Sensationen und Kombinationen. Noch hat Deutschland nicht eine kritische Situation im Laufe der letzten Jahre erlebt, wo nicht neue Kabinettswechsel und dergleichen Vermutungen der Oeffentlichkeit übergeben wurden und diese an derartige Meldungen ihrerseits glaubte, die immer wieder neuen Anlaß zu weiteren Vermutungen gaben. Wie so oft, ist das auch heute der Fall, und zumal die Rechtspresse wie ein Teil der demokratischen Blätter glauben heute mit Recht die Parole von einem Einheitskabinett ausgeben zu dürfen. Demgegenüber muß mit allem Nachdruck festgestellt werden, daß die Sozialdemokratie nicht daran denkt, in ein derartiges Einheitskabinett einzutreten, und daß sie auch die noch am Dienstag von den bürgerlichen Parteien in dieser Hinsicht gestellten Anträge ablehnte, zumal trotz der ernsten Situation nicht der geringste Anlaß für eine Umwandlung der Reichsregierung vorliegt. Gerade das gegenwärtige Kabinett hat, innerpolitisch gewertet, eine Basis, wie sie besser nicht sein kann. Sowohl die Deutschnationalen wie die Unabhängigen sind außer den übrigen Fraktionen des Reichstages in der Beurteilung der neuesten Pariser Forderungen einig und unterstützen insofern, wenn auch unter abweichenden Begründungen, die Regierung in ihrer ablehnenden Auffassung. Betrachtet man die außenpolitische Situation des Kabinetts, so ist gleichfalls festzustellen, daß zurzeit jedenfalls jede andere Regierung keine bessere Position haben würde. Diese Gründe werden im übrigen auch dem bestehenden Kabinett Anlaß geben, nicht zurückzutreten. Bisher denkt nicht eines der jeweiligen Kabinettsmitglieder daran, die Demission einzureichen.

Landesliste der Sozialdemokratie.

Zur Preußenwahl hat die Partei folgende Liste aufgestellt:

1. Braun, Adolf, preußischer Landwirtschaftsminister, Berlin,
2. Severing, Karl, preußischer Minister des Innern,
3. Leinert, Robert, Oberbürgermeister von Hannover,
4. Hanna, Gertrud, Gewerkschaftsangestellte,
5. Rosenfeldt, Dr., Siegfried, Rechtsanwalt, Berlin-Schöneberg,
6. Beier, Dr. med., Alfred, Regierungsrat, Charlottenburg,
7. Wegscheider, Dr., Hildegard, Schulrätin, Berlin-Schöneberg,
8. Cunow, Heinrich, Universitätsprof., Berlin-Friedenau,
9. Marocke, Richard, Vorsitzender des Verbandes der Kriegsbeschädigten, Berlin,
10. Voges, Felix, staatlicher Hilfsförster, Wallendorf, Kreis Neidenburg,
11. Wolff, Richard, Techniker in Elberfeld,
12. Hausherr, Otto, Verbandssekretär im Zentralverband der Angestellten, Berlin.

Keynes zu den Pariser Forderungen.

Ueber die verhängnisvollen Folgen für die Industrie der alliierten Länder, die die Erfüllung der Bedingungen nach sich ziehen würde, führt Keynes im „Manchester Guardian“ in einem langen Artikel aus, daß die Erfüllung der Bedingungen nicht möglich sei und kommt zu dem Schluß, daß daher die Pariser Vorschläge nicht ernst gemeint sein könnten. Er schreibt, es sei nicht ganz klar, wie sich diese neuen Vorschläge zu dem Friedensvertrag verhalten sollten. Sie heben anscheinend den Vertrag auf und führen Elemente ein, die in dem Friedensvertrag nicht vorgesehen seien. Sie verlangten damit von Deutschland Annahme eines neuen Vertrages. Keynes hält es für möglich, daß Lloyd George vielleicht hoffe, daß die Londoner Konferenz ihm Gelegenheit geben werde, zu erreichen, was vernünftig ist.

Vom Völkerbund.

Die Völkerbundsversammlung bestimmte eine Kommission für die Verteilung der Kosten des Völkerbundes unter die Gliedstaaten. Diese wird am 7. Februar in Paris zusammentreten. Der Kommission gehören an: Sir Henry Strakosch-Südafrika, Reveillaud-Frankreich, Barbosa Gernairo-Brasilien, Glueckstadt-Dänemark. Ein fünftes Mitglied wird später bezeichnet werden.

Wie der „Temps“ mitteilt, wird die ständige beratende Kommission des Völkerbundes, die sich mit militärischen, maritimen und Luftschiffragen beschäftigt, am 28. Februar in Genf zu ihrer vierten Tagung zusammentreten. Sie wird sich unter anderem mit der Kontrolle des Waffenhandels, der Herabsetzung der Rüstungen und mit der privaten Waffenindustrie beschäftigen.

Für den Anschluß.

Der deutschösterreichische Lehrerbund veranstaltete gestern in der Volkshalle des Wiener Rathauses eine Kundgebung für den Anschluß an Deutschland. Die Versammlung nahm einstimmig eine Entschließung an, worin es heißt, daß der Anschluß Oesterreichs an Deutschland als einziger Weg zur Gesundung der Wirtschaft und zum kulturellen Gedeihen Oesterreichs bezeichnet werden könne und von der Regierung ausdrücklich die Vornahme einer Volksabstimmung über den Anschluß gefordert wird. In der vorhergehenden Debatte ergriff Bundesrat Dr. Ludo Hartmann das Wort, um die Versammlung als Vertreter der sozialdemokratischen Partei zu begrüßen. Wie die „Arbeiterzeitung“ meldet, erklärte er, die Anschlußfrage sei nicht zuletzt auch eine Kulturfrage. Die Lehrer müßten daher an der Spitze der Anschlußbewegung stehen. Eine Volksabstimmung über den Anschluß müsse kommen und dann können wir vor den Völkerbund hintreten und den Anschluß verlangen.

Zur Bekämpfung des Postdefizits schlägt die „Deutsche Tageszeitung“ vor, die Dienstzeit des Postpersonals auf 10 Stunden zu erhöhen. 8 Stunden sei zu wenig, der Bergmann arbeite doch viel schwerer als der Postbeamte. Vergessen wird die Kleinigkeit, daß mit Recht der Bergmann weniger als 8 Stunden Arbeitszeit hat. Die Postbeamten mögen sich das jedenfalls für die Wahl merken.

Die „Deutsche Zeitung“ berichtet, daß die Akademie der Wissenschaften die goldene große Helmholtzmedaille nicht mehr verleihen könne, weil wir kein Gold mehr hätten. Schnippisch bemerkt das Blatt hierzu: „Welch ein trauriger Wechsel gegen das wilhelminische Zeitalter!“ Sollte die „Deutsche Zeitung“ im Eifer des Wahlkampfes vergessen haben, daß das wilhelminische Zeitalter den Ruf geprägt hat: „Das Gold gehört in die Reichsbank!“ und daß der Goldschatz der Reichsbank und des Volkes in dem Krieg zum Teufel gegangen ist, den die alldeutsche „Deutsche Zeitung“ nicht genug bejubeln konnte?

Gegen den Mordanstifter Lebius, der (wie wir in einem Artikel „Blicke nach rechts“ jüngst mitteilten) zur Ermordung von namentlich angeführten Pazifisten öffentlich aufforderte, hat im Auftrage der Vorstandsmitglieder des Bundes „Neues Vaterland“ Rechtsanwalt Genosse Halpert Strafanzeige erstattet. Das Reich selbst „ermittelt“ noch rührt sonst keinen Finger. „Wiederaufbau!“

Das „Unannehmbar!“ der Reichsregierung.

Die heutige Tagung des Reichstages hat die erwartete Erklärung der Regierung gebracht, die das vorauszusehende „Nein!“ zu den Forderungen der Entente enthielt. Die Stimmung des Reichstages stand (bis auf die Extratour des Kommunisten Hoffmann) offenbar hinter der Rede des Dr. Simons, die wiederholt lebhaft von Zurufen begleitet wurde. —

Ueber den Gang der Reichstagssitzung am Mittwoch wird uns aus parlamentarischen Kreisen telegraphiert: Die Sitzung wird mit einer Erklärung des Abg. Müller-Franken für die sozialdemokratische Partei beginnen. In dieser Erklärung wird der Standpunkt der deutschen Arbeiterklasse, ihr Friedenswille und ihre Bereitschaft zur Wiedergutmachung im Bereiche der Leistungsfähigkeit festgelegt werden. Den Entwaffnungsforderungen wird entsprechend dem oft betonten Standpunkt unserer Partei im Reichstag Rechnung getragen werden. Der sozialdemokratischen Erklärung wird eine kollektive Darlegung des Standpunktes der Regierungsparteien zu den Forderungen der Entente folgen. Man vermutet, daß diese in dem Antrag, der Regierung das Vertrauen auszusprechen, gipfeln wird. An die Rede des Sprechers der Regierungsparteien wird sich die deutschnationale Erklärung anschließen, die vermutlich rein negativ sein wird, und an diese nur wenig Zeit erfordernde Erklärung werden sich Reden anschließen, in denen der Standpunkt der Unabhängigen und Kommunisten zum Ausdruck kommen soll. Man vermutet, daß als Redner der Unabhängigen der Abg. Ledebour in Frage kommt.

Ueber den Inhalt der von unserer Fraktion abzugebenden Erklärung erfahren wir noch weiter: Die Erklärung, die heute vom Genossen Müller-Franken über die Haltung der sozialdemokratischen Partei abgegeben wird, entspricht der einmütigen Auffassung der Fraktion. Sie wird unter anderem zum Ausdruck bringen, daß die wirtschaftlichen und finanziellen Forderungen der Entente unerfüllbar sind, und feststellen, daß eine Regierung, die wider besseres Wissen unerfüllbaren Forderungen zustimmt, weder das Vertrauen des Volkes, noch das des Auslandes verdient. Zugleich wird in der Erklärung auf die schweren innerpolitischen Folgen der Bedingungen hingewiesen. Des weiteren wird auch ein Aufruf an die Arbeiter aller Länder in der Erklärung enthalten sein, der darauf hinweist, daß das deutsche Proletariat diese ungeheuerlichen Lasten zu tragen hat, obwohl es längst erschöpft und verelendet sei.

*

(Telephonischer Bericht.)

63. Sitzung.

Berlin, Dienstag, 1. Februar, 4½ Uhr nachm.

Das Haus und die Tribünen sind überfüllt.

Am Regierungstisch: Die Reichsregierung, Minister Lüdemann.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung mit der Mitteilung, daß die nächste Sitzung des Wahlprüfungsgerichts am 9. Februar stattfindet.

Als einziger Punkt steht auf der Tagesordnung:

Entgegennahme der Erklärung der Reichsregierung.

Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons: Seiten hat eine politische Verhandlung durch ihren Verlauf und ihr Ergebnis eine solche Verwirrung in den Köpfen hervorgerufen, wie die letzte Ministerkonferenz in Paris. Am ersten Tage hatte man Kenntnis genommen von den Plänen des französischen Wirtschaftsministers Seydoux. Man hatte sich daran gewöhnt, daß die deutsche Regierung bereit war, unter gewissen Vorbehalten diese Pläne anzunehmen. Aber gleich nach Beginn der Pariser Beratungen kam die Rede des französischen Finanzministers Doumer, die den bisherigen Boden verließ und eine exorbitante Summe aufstellte. Wir haben in den Zeitungen von den Auseinandersetzungen zwischen dem englischen Ministerpräsidenten Lloyd George und dem französischen Ministerpräsidenten Briand gelesen, und nunmehr kommt die Note, die Ihnen aus der Presse bekannt ist, mit ihrem vollkommen neuen System.

Um Klarheit über die Vorgänge zu erlangen, erscheint es mir erforderlich, daß ich Ihnen etwas ausführlicher schildere den Gang der Verhandlungen, die zur Ministerkonferenz geführt haben, den Inhalt der Note nochmals kurz mit Ihnen durchnehme und einige Worte der Kritik daran knüpfe, und daß ich zum Schluß die Darlegung der Stellungnahme der Regierung gebe.

Die Ministerkonferenz von Paris und die heutige Note hängen eng zusammen mit den Vorgängen in Spa. Nachdem die Alliierten eingesehen hatten, daß sie mit dem Notenwechsel zu einem günstigen Ausgang in den schwebenden Fragen über die Ausführung des Friedensvertrages nicht gelangen würden, haben sie endlich es über sich gewonnen, die deutsche Regierung zur Entsendung berufener Vertreter zu einer gemeinsamen Besprechung der verschiedenen Themata nach Spa zu laden. Vorher waren die Vertreter der Alliierten in Boulogne zusammengekommen und hatten sich verständigt. Schon in Boulogne ist die Schadenersatzsumme festgestellt worden. Die deutsche Regierung hat von diesem Ergebnis von Boulogne niemals eine amtliche Mitteilung bekommen. (Hört, hört!) In Spa kam die feierliche Zusage des Präsidenten der Konferenz, daß wir, nachdem die Reparationsfrage von der Tagesordnung gestrichen war, in Genf nochmals darüber verhandeln sollten. Die Zusammenkunft in Genf verzögerte sich mehr und mehr und es bestand die Gefahr, daß die Verhandlungen über die Wiedergutmachungssumme zu einer unüberwindlichen Spaltung in den Meinungen der beteiligten Länder führen würde. Infolgedessen habe ich es für meine Aufgabe gehalten, die Anregung zu geben, daß Sachverständige von Land zu Land sich über die wichtigen Themata der Reparation verständigen sollten. Diese Anregung, die zunächst günstig von einem Teil der Alliierten aufgenommen wurde, ist aber nicht zur Durchführung gelangt. Es kam dann das Gegenprojekt von Delacroix, das die Angelegenheit der Wiedergutmachungskommission zurückwies. Lange hat es gedauert, bis die Sachverständigen endlich nach Brüssel zusammenberufen wurden. Die Brüsseler Verhandlungen sind Ihnen allen noch in frischer Erinnerung. Sie sind vertagt worden. Während der Verhandlungen, die zwischen Herrn Bergmann als deutschem Vertreter und zwischen Seydoux als Vertreter der Alliierten in Paris geführt wurden, ergab sich, daß Seydoux mit einem neuen Plan hervortrat, daß Deutschland zunächst 5 Jahresraten zahlen sollte und dann erst die Gesamtschuld festgestellt würde. Es war das zunächst unverbindlich. Dann trat aber die französische Regierung durch ihre hiesigen Vertreter an die deutsche Regierung heran, wie sie sich zu dem Vorschlag von Seydoux stelle. Es haben darüber vier Verhandlungen stattgefunden, und alle Instanzen haben sich schließlich damit einverstanden erklärt, daß die deutsche Regierung den Vorschlag Seydoux' als Grundlage für die Verhandlungen annehme unter den bekannten Vorbehalten, daß die Ziffer dann festgesetzt werden würde, nachdem über die Umstände gesprochen sein würde, unter denen die Verhandlungen über die Leistungsfähigkeit Deutschlands in Brüssel stattfänden, und daß zugleich gesprochen werden sollte über die Methoden, nach denen die Grundgedanken Seydoux' in die Tat umgesetzt werden können. Die britische Regierung trat durch ihre hiesigen Vertreter an die deutsche Regierung heran, auf diesen Vorschlag der französischen Regierung einzugehen. Sie erklärte offiziell, daß sie sich der französischen Regierung anschließe. (Hört, hört!) Seydoux setzte nunmehr an die Stelle der ersten Jahresrate eine hohe Gesamtsumme und der Wiederaufbauminister Loucheur führte sogar aus, daß es für die französische Industrie sehr bedenklich sein würde, wenn sie die Reparation von Deutschland durch Sachleistungen tilgen ließe. Das wäre für die französische Industrie eine schwere Konkurrenz. Man hat nun merkwürdigerweise trotz dieses von unseren Beschlüssen gänzlich unabhängigen Vorschlages der deutschen Regierung den Vorwurf gemacht, daß sie in der ganzen Angelegenheit nicht richtig verfahren sei. In der deutschen Presse wird aber der deutschen Regierung vorgeworfen, daß sie nicht selbst, bevor die interalliierten Ministerpräsidenten zu ihrem Ergebnis kamen, mit positiven Vorschlägen herausgekommen wäre. Dieser Vorwurf ist unbegründet. Wir sind mit positiven Vorschlägen herausgekommen. Ich will weiter gar nicht sprechen von dem Vorschlag, den wir schon im September 1919 gemacht haben, und der sich auf die technische Durchführung des Wiederaufbaues des zerstörten Gebietes bezog. Ueber den damaligen Vorschlag hat ein kurzer Wechsel von Regierungsäußerungen stattgefunden. Auf unsere letzte Aeußerung sind wir nicht mit einer Antwort versehen worden. Aber wir haben doch in Spa Vorschläge gemacht, naturgemäß Vorschläge, die noch nicht sehr eingehend sein konnten. Ganz abgesehen von den Schwierigkeiten der Materie war die deutsche Regierung damals erst wenige Tage im Amt und hatte sich die schwierige Materie nur mit äußerster Anstrengung zu eigen machen können. Trotzdem legten wir drei Vorschläge vor: 1. einen Finanzierungsplan; 2. einen Plan für Sachleistungen aus der Reparationsschuld und 3. einen Plan für die technische Durchführung des Wiederaufbaus. Diese drei Pläne sind in Spa übergeben worden und wir hatten Grund anzunehmen, daß diese Pläne als Grundlage der Weiterverhandlungen in Genf dienen würden. Wir haben aber keine Antwort darauf bekommen, außer höhnischen Kritiken der Pariser Presse. Auch ist zu berücksichtigen, daß die festen Pläne, die wir jetzt machen können, immer noch außerordentlich in Unsicherheit schweben. Ich will nur ein Wort „Oberschlesien“ aussprechen, um zu zeigen, daß wir wirklich feste Pläne überhaupt nicht, auch nicht in alternativer Form machen können. (Hört, hört!) Es müßte so aussehen, als ob man in Oberschlesien aufbauen wollte. Dazu kommt die fortgesetzte Unstetigkeit unserer Währung und Wirtschaftsverhältnisse. Pläne können wir nur dann machen, wenn wir einigermaßen klar sehen über die Möglichkeiten, diese Unstetigkeit durch Entgegenkommen unserer Gegner auszugleichen. Ein weiterer Vorwurf ist uns daraus gemacht worden, daß wir den Plänen von Seydoux Bedingungen entgegengestellt hätten. Dazu kann ich erklären, daß Deutschland keine Bedingungen gestellt hat, sondern es handelte sich immer um die Umstände und Voraussetzungen, die für die Erfüllung von Forderungen gestellt werden mußten.

Der französische Botschafter, Herr Laurent, hat mir selbst erklärt, daß selbstverständlich alle in Brüssel behandelten Fragen weiteren Auseinandersetzungen und weiteren Verhandlungen unterliegen müssen. (Lebhaftes Hört, hört! Große Bewegung.) Ich kann wohl darauf hinweisen, daß noch niemals im Verlaufe der Geschichte ein Volk so offen seine Karten aufgedeckt hat, wie das deutsche Volk. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn da manches vielleicht nicht gestimmt hat, so liegt das nur an dem Mangel der notwendigen statistischen Unterlagen, denn während einer Zeit Statistiken zu bringen, wo man fünf Jahre Krieg und dann noch einen Umsturz hinter sich hat, ist keine leichte Sache. (Lebhaftes Sehr richtig!) Ich kann diesen ganzen Vorwürfen nur entgegenhalten, daß sie von einem Mißtrauen und von einer Ungeduld diktiert sind, wie sie uns auch aus den Kreisen der Alliierten immer wieder entgegentreten. Zur Charakterisierung der Note kann ich nur sagen: Ich halte sie für ein überhastetes Ergebnis einer schwierigen Verhandlung. Ich möchte nun auf den Inhalt der Note eingehen. Ich will einen kurzen Ueberblick über die Note geben und dann dazu Stellung nehmen. Sie zerfällt in drei große Unterabschnitte: Die Heeresklausel, die Marineklausel und die Luftklausel. Innerhalb dieser Hauptabschnitte gibt es zwei Partien, die erste, die sich mit den Verfehlungen beschäftigt, die Deutschland nach Ansicht der Alliierten begangen hat; die zweite bezieht sich auf die Entschließungen, die daraufhin von der Entente getroffen worden sind. Aus allem ergibt sich eine Dreiheit von Differenzen. Auf der einen Seite handelt es sich um Meinungsverschiedenheiten, wo die deutsche Regierung aus Gründen einer Notlage beantragt hatte, ihr Rechte über den Friedensvertrag hinaus zu gewähren. Der zweite Teil bezieht sich auf solche Fälle, wo Deutschland und die Alliierten den Wortlaut des Friedensvertrages nicht einheitlich auslegen. Der dritte Teil ist derjenige, wo die Alliierten, ohne weitere Gründe anzugeben, in ihren militärischen Forderungen über den Inhalt des Friedensvertrages hinweggehen. (Hört! hört!) Ich sage noch einmal, es handelt sich hier um Entscheidungen, die uns mitgeteilt sind, ohne daß wir gefragt worden sind. Dies enthebt uns nicht der Stellungnahme. Die Stellungnahme ist aber nur möglich, wenn das außerordentlich verwickelte Material von den zuständigen Ressorts eingehend geprüft wird.

Das erste Kapitel, wo wir mehr geleistet haben, wie uns nach dem Friedensvertrage zukam, betrifft die Entwaffnungsfrage. Es ist nötig, daß wir hier nicht nur mit den technischen Ressorts, sondern auch mit den zuständigen Landesregierungen Fühlung nehmen. Diese Fühlungnahme ist eingeleitet. Sie wird durchgeführt im Geiste loyaler Anerkennung der Verpflichtungen, die wir mit dem Friedensvertrag übernommen haben. Ich kann dieses Thema nicht verlassen, ohne dem Bedauern Ausdruck zu geben, daß in der Note der Entente kein Wort der Anerkennung für das steht, was wir in der Entwaffnung schon geleistet haben. (Gelächter links, Rufe rechts: „Ruhe!“) Sie lachen, meine Herren. Ich kann sagen, kein Volk der Welt hat auf diesem Gebiete so viel geleistet, wie jetzt das deutsche. Ich kann hier als sachverständiger Zeuge der Verhandlungen in Spa sagen, kein Mensch, auch nicht unsere Gegner, haben je geglaubt, daß wir in dieser Zeit so viel würden leisten können. (Lebhafte Zustimmung.) Trotzdem aber noch das Mißtrauen, das sich in den wiederholten Drohungen mit Sanktionen ausdrückt, die bei Nichterfüllung der Entscheidungen in der Entwaffnungsfrage über uns verhängt werden sollen.

Ich gehe nun zu der Reparationsfrage über, die sich auf die Artikel 231 und 232 des Versailler Vertrages bezieht. Diese Zahlungen sollen bis zum Jahre 1963 gehen, ansteigend im Betrage von 2 Milliarden Goldmark bis 6 Milliarden Goldmark, von denen die 6 Milliarden Goldmark 30 Jahre hindurch die Regel sein werden. (Lebhaftes Hört! hört!) Die jetzigen Forderungen enthalten eine erhebliche Differenz. In Boulogne verlangte man 226 Milliarden, jetzt sind es bereits 269 Milliarden geworden. (Hört! hört!) — Die zweite Form des Systems ist die der variablen Zahlungen. 42 Jahre lang soll Deutschland 12 % des Wertes der deutschen Ausfuhr zur Verfügung stellen. (Lebhafte Zurufe: „Unerhört!“) Charakteristischerweise ist die Form aufgestellt auf der Grundlage einer Handelsbilanz, die auf der Ausfuhrseite mit 8 bis 16 Milliarden (Gelächter) abschließt, einer Bilanz, die Deutschland selbst in seiner Blütezeit nicht erlangt hat. So glaubt man die Differenz mit der Boulogner Forderung zu überbrücken. Die fixen Raten sind nach Ablauf eines halben Jahres, die variablen 2 Monate nach Ablauf zu leisten. Die Zahlung der fixen Raten erfolgt in Bons, die während des ganzen Zeitraumes von 42 Jahren mit Fälligkeitsbestimmung gegeben werden sollen; die der variablen Raten erfolgt in Gold. Als Sicherheit sind große Eingriffe in die Zollverwaltung vorgesehen. Bei Säumnis hat die Reparationskommission die Befugnis, die gesamte Zollverwaltung in die Hände zu nehmen. (Bewegung.) Sie kann Deutschland in Verzug nehmen. Der Verzug ermächtigt dann die Alliierten, nach ihrem Ermessen Maßnahmen zu treffen. (Hört! hört!) Für die variablen Raten ist eine strenge Ausfuhrkontrolle vorgesehen, die tief einschneidet in das deutsche Wirtschaftsleben.

Neben allen diesen Sicherheiten ist der Kelch der Verpflichtungen Deutschlands noch nicht geleert. (Bewegung.) Zu den Restitutionen aus dem Friedensvertrag für das, was Deutschland aus dem besetzten Gebiet weggeführt hat, kommen die Okkupationskosten, die jährlich etwa 15 Milliarden betragen. (Hört! hört!) Dazu kommen die Kosten für die zahlreichen Kommissionen, die in Deutschland noch ihre Tätigkeit ausüben, endlich die Beträge aus dem Ausgleichsverfahren, die für Deutschland besonders drückend sind. Völlig unklar sind folgende Fragen: Wie steht es mit der Anrechnung der vielen Werte, die wir bereits hingegeben haben? Davon ist gar keine Rede. — Wo bleibt die Anrechnung der 20 Milliarden Goldmark? (Hört! hört!) Nichts steht in dem Programm über die Anrechnung der vielen Sachwerte, die wir bereits geleistet haben. Ferner ist nichts darüber gesagt, ob, wenn wir die Bons hingegeben haben, die Schatzscheine und die Schuldverschreibungen an den Inhaber zurückgegeben werden, wie wir solche bei Inkrafttreten des Friedensvertrages in die Hände unserer Feinde gelegt haben.

Abgesehen von diesen Dingen enthält das neue Programm Widersprüche gegenüber dem Friedensvertrag. Der Vertrag gibt uns das Recht, bis zum 1. Mai 1921 eine feste Gesamtsumme unserer Schuld zu erfahren. Statt dessen wird uns eine variable Summe angegeben, denn eine feste Summe zuzüglich einer variablen ist letzten Endes eine variable. Das ist das, was Deutschlands Wirtschaft auf die Dauer nicht ertragen kann. (Sehr richtig!) Dann hat uns der Vertrag wenigstens das zugestanden, daß wir nur ein knappes Menschenalter, nur 30 Jahre, an diese Kriegsschuld gebunden sind, wenn wir nicht im Rückstand sind. Jetzt wird uns ein Bestehen auf 42 Jahre zugemutet. — Es ist uns gesagt worden, daß, wenn wir die 20 Milliarden geleistet und die Schatzscheine über 40 Milliarden ausgestellt hätten, daß dann eine sorgfältige Prüfung einsetzen sollte, ob wir überhaupt imstande sind, die Zinsen zu tragen und die Amortisation durchzuführen. Davon ist jetzt keine Rede mehr. Der Ausgangspunkt ist überhaupt verschoben. Wir sollen die Bons über 42 Milliarden sofort in die Hände der Alliierten geben. Nach dem Vertrage sollte zunächst einmal der gesamte Schaden festgestellt werden. (Sehr wahr!) Auch die willkürlichen Methoden der Schätzung, die angewandt sind, sind in Frankreich selbst starken Angriffen ausgesetzt gewesen. (Hört! hört!) Vielfach waren sie als Willkür bezeichnet. Vielfach wird darauf hingewiesen, daß das Geld, das Frankreich zu Reparationszwecken erhalten hat, verschwunden ist, ohne daß dafür auch nur eine Mauer aufgerichtet ist. (Lebhaftes Hört! hört!). Der ehemalige Präsident der französischen Republik hat in der „Revue des deux mode“ vom 1. Dezember 1920 auseinandergesetzt, die Schätzungen der technischen Sachverständigen der französischen Regierung seien viel zu niedrig und infolgedessen wurden die Sachverständigen aufgefordert, ihre Schätzungen zu erhöhen. Auch Briand hat in seiner ersten Kammerrede darauf hingewiesen, daß in der ganzen Frage des Wiederaufbaues starke Mißbräuche vorgekommen seien. Vor allem sollte aber doch Deutschland gehört werden. Bisher ist aber Deutschland hinsichtlich der Festsetzung der Schäden noch nicht gehört worden. Die weitere Voraussetzung der Festsetzung der gesamten Schuldverhältnisse ist und war die Prüfung der Leistungsfähigkeit Deutschlands, eine Frage, an deren Prüfung später die Brüsseler Konferenz herantrat. Diese Besprechungen sind noch unbeendet und wir müssen Wert darauf legen, daß sie vollendet werden. Infolgedessen können wir nur annehmen, daß die Summe, die uns jetzt gegeben wird, eine willkürlich gegriffene ist. Dazu kommt die Frage der Sicherungen, die die Gegner sich geben lassen wollen. Sie wollen das ganze Zollsystem einem Generalzolleinnehmer unterstellen. Im übrigen hat doch Herr Clemenceau ausgeführt, daß es nicht die Absicht der Alliierten sei, in die Freiheit der deutschen Wirtschaft vernichtend einzugreifen. Aber ob auch dieses Arrangement den Bestimmungen des Vertrages widerspricht oder nicht, das würde von weniger Bedeutung sein, wenn es praktisch und gangbar wäre, und da ist die deutsche Regierung nach sorgfältiger Prüfung der Ueberzeugung, daß es weder eine praktische noch eine gangbare Lösung gibt. (Sehr richtig!) Die feste Summe von 269 Milliarden ist ja mehr, als vielleicht das ganze deutsche Volk besitzt. Es wäre ein wahrer Widersinn, das deutsche Volk mit einer derartigen Summe zu belasten, wo wir den Gegnern nachgewiesen haben, wie schlecht es mit unseren Finanzen steht.

Dann aber kommt doch diese Auferlegung der 269 Milliarden in Raten von 6 Milliarden vollständig auf eine wirtschaftliche Versklavung des deutschen Volkes heraus. (Sehr richtig!) Es gibt eine Bestimmung, wonach Deutschland einen Rabatt von 8 % empfangen soll, wenn es seinen Verpflichtungen früher als vorgesehen nachkommt. (Zuruf rechts: Das ist reiner Hohn gewesen. — Sehr richtig!) Dieser Vorschlag kommt darauf hinaus, daß Deutschland sich einen Gläubiger sucht, der ein größeres Darlehen zur Ablösung dieser Verpflichtungen gibt. Ich glaube nicht, daß wir einen Gläubiger finden, der uns das Darlehen so billig gibt, daß wir von einem Rabatt von 8 % Vorteile haben. Die Schweiz hat für ihr letztes Darlehen über 9 % genommen. Und wenn wir einen solchen Gläubiger finden, wird uns die Aufnahme des Darlehens durch eine höchst eigenartige Bestimmung unmöglich gemacht. Danach soll Deutschland auf jede Geldaufnahme verzichten, die nicht die Zustimmung der Reparationskommission hat. Das gilt nicht nur für die deutsche Regierung, sondern für die Regierung jedes Landes. (Hört, hört! Zuruf: Kredit-Blockade!) Es ist klar, daß die Entente oder derjenige Staat der Entente, der als Geldgeber zunächst in Betracht kommt, den Wunsch hegt, die Kredite an uns zu vermitteln. Wir sind also von unsern natürlichsten Geldgebern hierdurch abgeschnitten.

Ich komme dann zu einer andern wirtschaftlich wichtigen Maßnahme, der Ausfuhr-Abgabe. Diese Ausfuhr-Abgabe von 12 % wird auf das ganze Gebiet der deutschen Ausfuhr ausgedehnt. Sie ist unsinnig stark und nach außen wie nach innen schädlich. Wie kann man die gesamte Ausfuhr über einen Kamm scheren in bezug auf die Höhe der Abgaben? Bei einer Steigerung der Mark und der deutschen Preise muß sich diese Bestimmung als Drosselung der deutschen Betriebe auswirken. Ich weiß nicht, ob das beabsichtigt ist. (Zuruf: Natürlich!) Entweder das Ausland trägt diese 12 %, dann wird uns das vielfach auf denjenigen Märkten Schwierigkeiten schaffen, auf denen wir vorzugsweise Absatz haben, oder aber es muß bei uns bezahlt werden. Da wäre die Zeit sinkender Konjunktur verheerend. Dann sinkt natürlich auch der Unternehmergewinn und diese Abgaben bleiben haften auf den Unternehmergewinnen und den Arbeitslöhnen. (Große Unruhe bei den Komm. und USP.) Es wäre also eine unliebsame Konkurrenz der ehrlichen freien Arbeit, und die Entente würde den großen Markt der Welt erobern. Gerade von der deutschen Export-Industrie kann doch allein die Finanzierung der riesigen Summe hergenommen werden. Von einem solchen Ueberschuß sind wir noch weitenfern, solange wir unsere Rohstoffe soviel teurer einkaufen müssen, als wir unsere eigenen Waren für das Ausland verkaufen.

Ich halte mich verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß die Alliierten uns haben wissen lassen, sie hätten aus einem gewissen Gefühl des Taktes auf einen formellen Eingriff in unsere Steuerhoheit verzichtet. (Zuruf: Hohn!) Ich muß darauf hinweisen, weil Lloyd George darauf ausdrücklich Bezug genommen hat.

Die Sanktionen beziehen sich auf folgende Punkte: 1. Aufhebung der Räumungsfrist für die Rheinlande. 2. Besetzung neuen deutschen Gebietes. 3. Errichtung eines besonderen Zollregimes in den Rheinlanden und 4. Einspruch gegen die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund. (Stürmische Heiterkeit.) Die erste Bestimmung widerspricht meiner Ansicht nach dem Sinn, Geist und Wortlaut des Friedensvertrages. Die Besetzung kann erst dann verlängert werden, wenn sich herausstellt, daß wir nicht getan haben, wozu wir uns verpflichtet haben. (Zuruf links: Das ist das deutschnationale Aktionsprogramm von 1914. Große Unruhe rechts.) Ich möchte Sie (nach links) dringend bitten, während der durchaus sachlichen Darstellung des Inhalts der Note nicht durch Zurufe die Stimmung im Hause so zu irritieren, daß wir dadurch zu einer wenig klaren Stellungnahme kommen können. Man kann uns nicht für einen Vorschlag schon Sanktionen aussprechen, wenn wir den Vorschlag nicht annehmen, denn dann ist es kein Vorschlag mehr. Was den vierten Punkt anlangt, so muß Lloyd George schon gestatten, daß ich seine Drohung mit dem Widerspruch gegen den Eintritt in den Völkerbund solange als verfrüht ansehe, als wir einen Antrag auf Eintritt in den Völkerbund noch nicht gestellt haben. Ich weiß mich rein von dem Verdacht, als ob ich den großen Gedanken eines wahren Bundes der Völker gering achte. Ich brauche mich nur auf das Zeugnis des Abgeordneten Schücking zu berufen. Lachen rechts. Großer Lärm links.) Ich bringe der Entwicklung der Menschheit nicht nur volles Verständnis, sondern warme Teilnahme entgegen. In den Völkerbund, wie er jetzt besteht, einzutreten, ist für Deutschland nicht mit soviel Lockungen verbunden, daß es uns einfällt, um die Aufnahme zu ersuchen.

Ich will nur ganz kurz auf das Schreiben eingehen, mit dem uns die beiden Ausgeburten der Gegner überreicht wurden. Ich habe schon gesagt, daß es sich nur um Vorschläge französischer „Propositionen“ handelt. Es wird uns gesagt, daß Bevollmächtigte der deutschen Regierung eingeladen werden würden, sich Ende Februar mit Delegierten der Alliierten in London zu treffen. Die Einladung selbst ist nur angekündigt. Solange sie nicht erfolgt ist, können wir sie weder annehmen, noch ablehnen. Wir müssen abwarten, aber schon jetzt muß die deutsche Regierung erklären, daß das Arrangement, wie es uns in der zweiten Note der Entente vorgelegt worden ist, von uns als eine mögliche Grundlage für weitere Verhandlungen nicht angesehen werden kann. (Lebhafter Beifall.) Es wird selbstverständlich unsere Pflicht sein, nunmehr alle Mittel anzuwenden, um trotz der